

## AKTUELL

## LEGALISIERUNG VON PFEFFERSPRAY

# Gepfeffert

Melanie Czarnik

**Pfefferspray ist in Luxemburg verboten. In einer Pressemitteilung fordern die Jonk Demokraten nun die Legalisierung der Waffe. Von Fehlannahmen und Feindbildern.**

„Die Sicherheit von Frauen wird in Luxemburg immer wieder als politische Priorität genannt. Dennoch fehlt es oft an praktischen Mitteln, die es Betroffenen ermöglichen, sich in akuten Gefahrensituationen selbst zu verteidigen“, schrieben die „Jonk Demokraten“ (JDL) in einer rezenten Pressemitteilung. Ein solches „praktische{s} Mittel“ soll laut der Jugendpartei der DP das sogenannte Pfefferspray sein. Dabei handelt es sich um ein Reizstoffspray, das den natürlichen Wirkstoff Capsaicin enthält, der aus Chilischoten gewonnen wird. Wird es gegen einen Angreifer (ob Mensch oder Tier) verwendet, setzt es diesen durch starke Augen-, Haut- und Atemwegsreizungen außer Gefecht. Zumindest in der Theorie. Da das Mittel nicht von Kraft oder Technik abhängt, wird es von Laien oft als nützliches Selbstverteidigungswerkzeug gehandelt, das in keiner Handtasche fehlen darf. Wäre da nur nicht die Tatsache, dass es in Luxemburg derzeit als verbotene Waffe eingestuft wird. Schon allein der Besitz kann mit hohen Geld- oder Freiheitsstrafen geahndet werden.

Damit soll gemäß der Jonk Demokraten endlich Schluss sein – in Nachbarländern wie Deutschland wäre es bereits erlaubt und nur durch die Legalisierung von Pfefferspray könne „die Politik den Frauen, aber auch allen anderen Menschen einen sofortigen Schutz vor Gewalt ermöglichen.“ Viele Fehlannahmen und Halbwahrheiten stecken in der Mitteilung, schauen wir uns ein paar davon näher an.

Die Verwendung von Pfefferspray ist mitnichten das einzige Mittel, das Frauen, und auch „anderen Menschen“ zur Verfügung steht, um sich selbst zu verteidigen. Die allermeisten Frauen haben bereits jetzt eine Strategie, um mit gefährlichen Situationen umzugehen. Sie planen zum Beispiel im Voraus, nicht alleine an Orte zu gehen, wo ihnen potenzielle Gewalttäter auflauern könnten, und sind auch ohne Hilfsmittel nicht wehrlos. Natürlich kann Pfefferspray in bestimmten Situationen helfen, im übrigen erfüllt eine Deoflasche einen ähnlichen Zweck. Es ist jedoch keine Wunderwaffe – und es ist vor allem nicht die Lösung für strukturelle Gewalt gegen Frauen.

Abgesehen davon steckt in der Forderung der gefährliche Mechanismus der Verantwortungsumkehr. Die Poli-

tik ist zwar für die öffentliche Sicherheit verantwortlich und dazu gehört explizit auch die Verbesserung der Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum. Aber wie wäre es denn mit dem Gedanken, die Umgebungssicherheit zu erhöhen und politisch dazu beizutragen, dass es weniger Täter gibt, als die Verantwortung für die Sicherheit auf die potenziellen Opfer abzuwälzen? Müssen sich Frauen zukünftig nicht nur für ihre Kleidung rechtfertigen, sondern auch noch für die Tatsache, dass ihre Hosentasche zu klein war, um auch noch ein Pfefferspray zu beherbergen? Denn dort, direkt griffbereit, müsste es sein, um in einer Notfallsituation wirklich hilfreich zu sein. Pfefferspray wird zwar oft als Selbstverteidigungswaffe beworben, ist aber je nach Windverhältnissen und Handhabung nicht immer zuverlässig. In manchen Fällen kann es sogar gegen die sich verteidigende Person selbst verwendet werden.

## Feindbilder und Verantwortungsumkehr

Eine andere Fehlannahme wird in der Mitteilung nicht explizit benannt, wiegt aber dennoch schwer. Die Sicherheit von Frauen ist an erster Stelle nämlich nicht, wie häufig behauptet und in der Mitteilung impliziert, durch den „bösen fremden Mann“ bedroht, der in verlassenen Parks und Tiefgaragen lauert. Ein Blick auf die Zahlen verrät schnell, dass die Hauptgefahr für Frauen von denjenigen ausgeht, die ihnen am nächsten stehen. Die meisten Femizide, die meiste sexualisierte Gewalt wird von (Ex-)Ehemännern, Vätern, Brüdern, Arbeitskollegen und Freunden begangen. Der „böse fremde Mann“ kommt zwar vor, ist statistisch jedoch längst nicht so relevant, wie bestimmte politische Parteien – zu diesen gehört jetzt wohl auch die JDL – propagieren. Dieses Feindbild lässt sich nur viel leichter instrumentalisieren. Und wer wäre schon bereit seinen Ehemann mit Pfefferspray in die Flucht zu schlagen?

An dieser Stelle sollten Strategien eingesetzt werden, um die Sicherheit von Frauen zu erhöhen. In Luxemburg könnte man zum Beispiel damit anfangen, „Femizide“ als solche rechtlich überhaupt anzuerkennen. Eine ganze Reihe von sinnvollen (rechtlichen) Maßnahmen wurde erst im Oktober letzten Jahres vom Luxemburger Opferhilfeverein „La voix de survivant(e)s“ vorgestellt (woxx 1808 „Fehler im System“). Hier sollte ange-  
setzt werden.

## SHORT NEWS

## ADR „verwarnt“ Tom Weidig

(ja) – Am vergangenen Dienstag gab die ADR bekannt, das Nationalkomitee habe gegenüber dem Abgeordneten Tom Weidig „eine schriftliche Verwarnung ausgesprochen“. Diese enthielte „verschiedene Maßnahmen“, die Weidig zum Teil selbst vorgeschlagen habe. Über den Inhalt dieser Maßnahmen wolle die Partei nicht kommunizieren, so die Pressemitteilung der Partei. Weidig und die ADR waren zum Gegenstand heftiger Kritik geworden, weil dieser auf „Facebook“ einen Kommentar mit Vernichtungsfantasien gegenüber LGBTIQa „geliked“ hatte. Während die Partei mitteilte, Weidig habe sich entschuldigt und „eingesehen, dass er einen Fehler gemacht hat“, deutete sein Parteifreund Fred Keup Weidigs „Like“ in typisch rechtsextremer Manier um: In Wahrheit sei es nicht um die Auslöschung von Menschen, sondern einer angeblichen „Ideologie“ gegangen. Die Entscheidung des ADR-Nationalkomitees traf auf heftige Kritik: Gegenüber RTL und Wort sagten Vertreter\*innen aller anderen im Parlament vertretenen Parteien, sie hätten sich eine heftigere Reaktion erwartet. Diskutiert wird auch, welche Rolle das Parlament spielen kann und muss – Arbeiten an einem möglichen Deontologiekodex stehen im Raum. Die Vereinigung „Rosa Lëtzebuerg“, die sich für LGBTIQa-Rechte in Luxemburg einsetzt, hat unterdessen mitgeteilt, dass sie Weidig sowohl für seinen „Like“ als auch für seinen transfeindlichen Post angezeigt hat.

## Un repreneur pour Liberty Steel Dudelange

(fg) – Depuis son placement en faillite le 29 novembre dernier, le chronomètre tournait pour l'usine Liberty Steel de Dudelange. Les potentiels repreneurs avaient jusqu'au 14 février pour faire connaître leur offre auprès du curateur désigné par la justice. Le dossier d'un candidat, qui reprendra l'activité et les 147 salarié-es toujours en poste, a été retenu, selon diverses sources qui se sont exprimées dans les médias ces derniers jours. Il s'agit d'un groupe sidérurgique turc, leader dans le secteur de l'acier vert, affirme RTL. Après des mois de confusion sur l'avenir de l'usine de galvanisation, les syndicats restent néanmoins prudents quant à cette apparente bonne nouvelle. Les modalités de la reprise doivent encore être précisées dans le détail et elle peut se heurter à un refus de l'État ou faire l'objet d'un recours par un autre candidat. Pour les salarié-es de l'entreprise, ce nouvel épisode a un air d'éternel recommencement. Lorsqu'en 2018, ArcelorMittal avait décidé de se séparer du site, qui employait alors 280 personnes, l'incertitude avait régné des mois durant quant à sa pérennisation, avant l'annonce de sa reprise par le groupe Liberty, de l'homme d'affaires britannique Sanjeev Gupta. Mais la faillite de son bras financier, Greenshill Capital, dans laquelle Liberty House Group est suspecté de fraude, a enfoncé le sidérurgiste dans le rouge et l'usine de Dudelange était quasiment à l'arrêt depuis 2022. Une épreuve pour les employé-es, dont les salaires n'étaient plus toujours payés en temps et en heure. La société est lourdement endettée, notamment auprès du fisc et de la Sécurité sociale auxquels elle doit quelque quatre millions d'euros.

## Pushbacks: rabiāt und systematisch

(tf) – Die Zurückweisung von Flüchtlingen und Migrant\*innen an den EU-Außengrenzen ist längst zur systematischen Praxis geworden – obwohl sie gegen internationales und europäisches Recht verstößt. Zu diesem Schluss kommt eine am vergangenen Montag veröffentlichte Studie, die von acht europäischen NGOs sowie einer libanesischen NGO gemeinsam vorgelegt worden ist. Mehr als 120.000 solcher Pushbacks habe es im Jahr 2024 gegeben. Häufig sei das mit physischer Gewalt gegen die Betroffenen und der Zerstörung ihrer wenigen Habseligkeiten verbunden. „Spitzenreiter“ ist Bulgarien: Dort hat es im vergangenen Jahr mehr als 51.000 Pushbacks in Richtung Türkei gegeben. In diesem Fall geht die Studie davon aus, dass all jene, die laut der bulgarischen Regierung nach ihrer Festnahme durch dortige Grenzschutzbeamte „freiwillig“ auf türkisches Territorium zurückkehrten, in Wahrheit gezwungen worden sind. Platz zwei belegt Libyen mit annähernd 22.000 Pushbacks. Das nordafrikanische Land wurde wegen der massiven Unterstützung der sogenannten libyschen „Küstenwache“ durch Italien und die EU hinzugefügt. Das reiche bis hin zu Luftüberwachung und Koordinierung der Abfangaktionen. Wenig überraschend wird laut der Studie kaum einer dieser Rechtsverstöße geahndet. Zudem sei von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Die Kriminalisierung der humanitären Arbeit mache es zunehmend schwieriger, solche Menschenrechtsverletzungen zu überwachen und darüber zu berichten.